BESCHLUSS

Das Land zusammenhalten: mit klimaneutralem Wohlstand, Gerechtigkeit, Sicherheit

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Gremium:	Länderrat
Beschlussdatum:	17.06.2023
Tagesordnungspunkt:	TOP 2 Das Land zusammenhalten: mit klimaneutralem Wohlstand, Gerechtigkeit, Sicherheit

Antragstext

Deutschland steht im Juni 2023 gut da: Gemessen an den erheblichen Herausforderungen der letzten Monate ist es uns – Gesellschaft, Wirtschaft und Politik – gelungen, die Energieversorgung sicherzustellen, die Wirtschaft durch den Winter zu bringen und den sozialen Zusammenhalt zu erhalten. Wir haben als GRÜNE in der Bundesregierung den maßgeblichen Beitrag dafür geleistet, die Aufgaben zu bewältigen, vor die uns die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine als Gesellschaft gestellt haben. Wir übernehmen Verantwortung und finden mit Pragmatismus und Tatkraft Wege, um die Energieversorgung unseres Landes zu sichern und soziale Härten abzufedern. Gleichzeitig mussten wir mit Kohle und Atomkraft vorübergehend auch Technologien länger nutzen, die wir aus guten Gründen lieber gestern als morgen hinter uns lassen wollen. Das haben wir getan, um die Versorgung zu sichern. Denn: Verantwortung zu übernehmen, heißt für uns, auch schwierige Entscheidungen zu treffen und Kompromisse zu finden, die für den Zusammenhalt nötig sind.

Und große Herausforderungen bleiben weiter bestehen: Nach langen Jahren des Stillstands müssen wir in hohem Tempo unseren Wohlstand neu begründen: klimaneutral. Wir müssen mit einer Infrastruktur für 100% Erneuerbare die Voraussetzungen für gute Jobs schaffen, für bezahlbare Energie für alle, für die Industrie von heute und morgen. Dafür müssen wir jetzt investieren. Die US-Regierung unter Joe Biden hat mit dem Inflation Reduction Act auch Deutschland und Europa ein Beispiel gegeben: wie mit kraftvoller Politik die Wende gelingen kann. Diese Herausforderung nehmen wir an. Dafür brauchen wir jetzt umfassende Investitionen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand zu sichern.

Dieser Winter hat klar gezeigt, dass Deutschland 100% Erneuerbare braucht: für sicheren und billigen Strom aus Sonne und Wind – und um uns unabhängig zu machen von Autokraten und Despoten wie Wladimir Putin. Er hat auch gezeigt, dass wir Sicherheit, im Inneren wie im Äußeren, nicht als Selbstverständlichkeit hinnehmen können. Und er hat gezeigt, was möglich ist, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam anpacken.

Dieser Winter hat unsere Gesellschaft als Ganzes herausgefordert. Und sie hat diese Herausforderung angenommen: Private Haushalte und Unternehmen haben in ungeahntem Ausmaß Energie gespart. Die Gesellschaft hat sich nicht spalten lassen. Die Einschnitte aber, die viele angesichts der steigenden Energiepreise

und der Inflation trotz staatlicher Hilfen hinnehmen mussten, waren und sind schmerzhaft.

Wir wollen ein Land gestalten, in dem sich die Menschen nicht darum sorgen müssen, wie sie die Heizrechnung bezahlen und das Essen auf den Tisch stellen. Das gilt besonders für Familien: Zusammenhalt kann nicht erwachsen, wenn Kinder aus dem sozialen Leben ausgeschlossen werden, weil sich ihre Eltern die Fußballschuhe oder das Geschenk zum Kindergeburtstag nicht leisten können. Deswegen treiben wir die Einführung einer Kindergrundsicherung mit Nachdruck voran. Damit Familien sorgen- und angstfreier leben können, es benachteiligten Kindern besser geht und verdeckte Armut abgebaut wird, weil alle die Unterstützung erhalten, auf die sie einen Anspruch haben.

Die großen Aufgaben unserer Zeit packen wir jetzt an und verlieren niemanden aus dem Blick, denn wir haben gesehen, dass wir gemeinsam Krisen überwinden können: Aus Zusammenhalt wächst Zuversicht.

Zusammenhalt gründet auf klimaneutralen Wohlstand. Schon heute basieren viele unternehmerische Erfolgsgeschichten auf nachhaltigem Wirtschaften. Sie sind Teil einer Wirtschaft, zu der auch energieintensive Industrien gehören, die wir heute und in Zukunft brauchen. Auch sie haben sich auf den Weg zu einer nachhaltigen Arbeitsweise gemacht. Wenn wir jetzt die Weichen stellen, wenn wir auf Innovation und Erfindungsreichtum setzen, können wir daraus noch mehr gerechten Wohlstand von morgen machen. Denn nur durch 100% Erneuerbare Energien bleiben wir wettbewerbsfähig und erfolgreich. Viele Unternehmen und Unternehmer*innen gehen gerade jetzt voran, stellen ihre Produktionen um, setzen auf neue Technologien und haben gleichzeitig das Wohl ihrer Mitarbeiter*innen im Blick. Wir unterstützen diese Entwicklung durch eine gute Politik. Wir schaffen Planungssicherheit. Wir bauen die Infrastruktur, damit Menschen und Unternehmen klimaneutralen Wohlstand schaffen können. Gleichzeitig schaffen wir verlässliche Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge: Von der Kita bis hin zur Feuerwehr und Polizei. Wir sorgen dafür, dass die Sicherung und Erneuerung des Wohlstands allen zugutekommt.

Zusammenhalt entsteht vor Ort: wo Menschen zusammen leben und arbeiten, sei es auf dem Dorf oder in den Wohnvierteln, in Fabrik und Büro, auf dem Bauernhof oder im Laden um die Ecke. Wir machen Politik, damit Lebensqualität erhalten bleibt und neue entsteht, damit Menschen Rückhalt finden und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können.

Für die Menschen wirtschaften

Die Wirtschaft in Deutschland befindet sich im Wandel. Sie wird klimaneutral Wertschöpfung generieren und die Potenziale der Digitalisierung nutzen. Der Staat unterstützt sie dabei, den Prozess positiv zu gestalten und damit im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Er sorgt angesichts der sich verändernden technologischen Grundlagen für die nötige Infrastruktur, verbindliche Standards und eine verlässliche Planungsgrundlage für die Umstellung auf 100% erneuerbares Wirtschaften. Nur wir alle zusammen, der Staat, die Unternehmen und die Menschen können das Ziel des klimagerechten Wohlstands

gemeinsam erreichen. Das setzen wir in dieser Regierung um: So schaffen wir die Voraussetzungen und den Spielraum für unternehmerisches Handeln heute und in der Zukunft – und für dauerhaften Wohlstand, der allen zugutekommt.

Wirtschaft muss den Mensch im Mittelpunkt haben: erfüllende und gut bezahlte Arbeit ermöglichen, Wohlstand erzeugen und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren. Klimagerechte Innovationen sind eine Grundlage für die krisenfeste Zukunft von morgen und bieten Chancen für alle. Beim Recycling von Baustoffen, beim Einbau von Wärmepumpen, in der Entwicklung von Stromspeichern, beim Aufbau intelligenter Stromnetze, oder beim Bau neuer Züge können Millionen moderner, gut bezahlter Jobs gesichert werden oder neu entstehen. Wir wollen diese Chancen nutzen und die Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne schaffen. Diese anstehenden Veränderungen gestalten wir ökologisch und sozial.

Einiges dafür ist schon getan: Mit der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro haben wir eine Gehaltserhöhung von fast 6 Millionen Beschäftigten in Deutschland erreicht und den ausgeprägten Niedriglohnsektor in Deutschland deutlich reduziert. Der Schutz durch einen Tarifvertrag für gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung muss darüber hinaus für viel mehr Beschäftigte zur Realität werden. Mit einem Bundestariftreuegesetz wollen wir daher einen Tarifvertrag zur Voraussetzung bei der öffentlichen Auftragsvergabe machen. Auch Streiks während eines Arbeitskampfs sind ein legitimer Weg, um faire Löhne durchzusetzen, wenn Verhandlungen stocken. Das Streikrecht darf deshalb nicht eingeschränkt werden. Eine starke betriebliche Mitbestimmung ist unerlässlich, damit Beschäftigte ihren Arbeitsplatz und die Zukunft ihrer Unternehmen aktiv mitgestalten können. Mitbestimmung im Betrieb ist auch ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Deshalb stärken wir Betriebsräten gesetzlich den Rücken und wollen Praktiken unterbinden, die die Gründung und Arbeit von Betriebsräten behindern. Für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern fordert uns die EU-Lohntransparenzrichtlinie zum Handeln auf. Wir wollen sie zügig in deutsches Recht umsetzen, um die ungleiche Verteilung von Einkommen und in Folge auch Vermögen entlang der Geschlechtergrenzen zu verringern.

Denn die Transformation der Wirtschaft wird von Menschen getragen, von ihrem Einsatz und Erfindungsgeist. Dafür brauchen wir mehr Fachkräfte. Ein Baustein der Fachkräftesicherung ist eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik. Sie kann bspw. in Krisenzeiten durch Kurzarbeitergeld Arbeitslosigkeit verhindern, gibt Beschäftigten Sicherheit und fördert bei Bedarf wichtige Qualifzierungen. Für einen guten Übergang innerhalb der Arbeitswelt braucht es bessere Umstiegswege. Sicherheit entsteht dadurch, dass Menschen sich auf neue berufliche Herausforderungen, auch in anderen Sektoren, vorbereiten können, ohne aus ihrem Arbeitsverhältnis auszuscheiden. So fördern wir gute Arbeit und verhindern Arbeitslosigkeit, bevor sie entsteht. Deswegen schaffen wir ein Qualifizierungsgeld, das Beschäftigten die Möglichkeit gibt, zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen berufliche Kompetenzen für neue Aufgaben in ihrem Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus setzen wir uns weiter für die Einführung der Bildungszeit ein, die Arbeitnehmer*innen eine bezahlte Freistellung zu den

Konditionen des Kurzarbeitergeldes für eine Weiterbildung ermöglicht, aber bspw. auch, um ein Studium oder eine Ausbildung nachzuholen. Der Meisterbrief sollte wie ein Studium kostenfrei werden. Und wir drängen weiter auf Strukturreformen des BAföG und des Aufstiegs-BAföG, damit von der Erzieher*in in Ausbildung bis zur Schreiner-Gesell*in in der Meisterausbildung alle, die sie brauchen, eine soziale Unterstützung für ihren Bildungsweg bekommen. Mit der Ausbildungsgarantie unterstützen wir alle jungen Menschen auf dem Weg zum Berufsabschluss.

Neben der Aus- und Weiterbildung wollen wir durch eine bessere Vereinbarkeit mit den Lebensumständen insbesondere Frauen ermöglichen, ihre Arbeitszeit auszuweiten. Viele Frauen möchten gerne mehr arbeiten, werden aber durch die Rahmenbedingungen daran gehindert. Hier liegt das größte kurzfristige Potenzial, Fachkräfte zu gewinnen. Dazu gehört neben verlässlicher Kinderbetreuungs- und Pflegeinfrastruktur das Ende der negativen Erwerbsanreize u.a. durch die Lohnsteuerklassen 3 und 5 . Zudem soll durch den Abbau der Minijobs und die Überwindung der sogenannten Teilzeitfalle die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen erhöht werden.

Mit einem modernen Einwanderungsrecht schließlich steigen wir endlich in den globalen Wettbewerb um Fachkräfte ein. Arbeitskräfte aus dem Ausland sollen sich einfacher auf dem Arbeitsmarkt bewerben können. Die Berufserfahrung aus dem Ausland wird besser berücksichtigt und die Anerkennung von Qualifikationen erleichtert. Wir führen eine Chancen-Karte ein, mit der Menschen zur Arbeitsplatzsuche zu uns kommen können. Familienfreundliche Regelungen sind dabei ein Muss. Auch mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht haben wir schon einen wichtigen Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel geleistet. Viele bislang nur geduldete Menschen erhalten damit die Perspektive auf ein dauerhaftes Bleiberecht, um hier leben und arbeiten zu können.

All das sind entscheidende Beiträge gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel, eines der größten Risiken für unseren Wohlstand.

Infrastruktur für klimaneutralen Wohlstand schaffen

Arbeitskraft, Unternehmergeist und Innovationen können ihre Potenziale nur entfalten, wenn die materiellen Grundlagen gegeben sind. Ein zentraler Baustein ist eine sichere, souveräne und verantwortungsvolle Rohstoffversorgung der Industrie. Diese muss auf verschiedenen Säulen basieren, um zu hohe Abhängigkeiten von einzelnen Handelspartnern zu reduzieren und vor Lieferengpässen zu wappnen. Vorschläge dafür hat das Wirtschaftsministeriumvorgelegt. Diese werden nun konsequent umgesetzt.

Durch den Ausbau zukunftsfähiger Infrastruktur gewährleisten wir die langfristige Energiesicherheit, die Unternehmen dringend brauchen. So sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts – und damit den Wohlstand des Landes und gute Jobs. Dabei spielt die Wasserstoffwirtschaft eine entscheidende Rolle. In der Industrie wird grüner Wasserstoff vorrangig für die klimaneutrale Produktion von Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnissen benötigt, deren Herstellung nicht elektrifiziert werden kann. Mit einem Gesetz zur Schaffung

eines Wasserstoff-Kernnetzes schaffen wir einen wichtigen Schritt zur Neuausrichtung der Energieversorgung unserer Industrie. Außerdem haben wir sichergestellt, dass die neu gebauten Flüssiggasterminals spätestens ab dem Jahr 2043 nur noch zur Anlandung von klimaneutralem Wasserstoff genutzt werden.

Wir fördern gezielt die Erforschung und Produktion von Zukunftstechnologien und sorgen dafür, dass die Weiterentwicklung und Herstellung von wichtigen Bausteinen für die Wirtschaft wie Computerchips, Wärmepumpen und Batteriezellen in Europa einen attraktiven Standort finden. Damit schaffen wir das Fundament für unseren wirtschaftlichen Wohlstand und garantieren unsere Unabhängigkeit in Schlüsseltechnologien. Viele dieser Schlüsseltechnologien aber haben wir schon heute zur Hand. Sie sind das Ergebnis von Forschung und Innovation vieler Jahrzehnte. Wir müssen die Entwicklungsschritte von der Erfindung über die Qualifizierung einer neuen Technik und die Prototypenphase bis zur Marktreife zusammendenken: Technologie ernst zu nehmen, heißt auch, sie einzusetzen, wenn sie einen Beitrag zum Leben der Menschen und zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen liefern kann. Es ist jetzt auch die Verantwortung des Staates, dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft die Früchte moderner Technologien wie Wärmepumpen, Solarzellen und Batteriespeichern ernten kann. Dazu muss er einen Beitrag leisten, damit sie schnell und zuverlässig zum Einsatz kommen.

Zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung für morgen erreichen wir mit der Umstellung auf 100% erneuerbare Quellen. Dazu beschleunigen wir den Ausbau bei Wind und Sonne auf Rekordtempo. Die Einführung intelligenter Stromzähler trägt dazu bei, den Stromverbrauch zu optimieren und die Netzstabilität zu gewährleisten, indem sie Echtzeitinformationen über den Stromverbrauch liefern. Sie dient als Grundlage für flexible, günstige Strompreise, die den Verbrauch in Zeiten geringer Nachfrage fördern. Zusammen mit der Planungsbeschleunigung für Windkraft und Übertragungsnetze sowie deren besserer Verbindung mit den Nachbarländern sichern wir die preiswerte Energieversorgung auf Dauer ab. Mit diesem verlässlichen und günstigen Strom können Heizungen und Fahrzeuge preiswert betrieben werden. Die dafür notwendigen Investitionen werden wir für alle solidarisch ermöglichen.

Durch die Einführung eines Industriestrompreises für energieintensive Prozesse, der an den Ausbau der Erneuerbaren Energien gekoppelt ist, wollen wir Unternehmen bei der Gestaltung einer klimaneutralen Produktion unterstützen und sichern Arbeitsplätze in Deutschland. Hierfür wollen wir der Industrie den Zugang zu klugen Instrumenten erleichtern, wie etwa Power-Purchasing-Agreements (PPAs) zwischen Unternehmen und den Erzeugern von erneuerbarer Energie, oder Klimaschutzverträgen, die Preisschwankungen abfedern. Bis diese Instrumente greifen, benötigt die energieintensive Industrie für die Übergangszeit einen Brückenstrompreis in fester Höhe, der aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds finanziert wird und an klare Verpflichtungen zum Standorterhalt, Tariftreue und Transformation der Produktion geknüpft ist. Mit diesem Brückenstrompreis lassen wir die positiven Effekte der Erneuerbaren schon heute wirksam werden: Günstigen Strom, von Sonne und Wind, stellen wir für den Übergangszeitraum mit staatlicher Hilfe sicher. So wirkt der grüne Aufbruch in klimagerechten Wohlstand schon

heute. Allgemein gilt für staatliche Förderung: Dort, wo der Staat richtigerweise unterstützt, ist es richtig, dass er auch Ziele und gemeinwohlorientierte Konditionen definiert.

Für eine erfolgreiche Wirtschaft ist auch eine leistungsfähige und klimaneutrale Transportinfrastruktur essenziell. Wir sorgen dafür, dass unsere Infrastruktur nach Jahren der Vernachlässigung und der Sparprogramme endlich den dringend notwendigen Investitionsschub erhält. Dazu gehören die Sanierung maroder Brücken sowie die Reaktivierung und Modernisierung von Bahnstrecken. Dabei berücksichtigen wir bereits heute die Lieferketten von morgen. In unseren Häfen bauen wir Landstromanlagen und Betankungsanlagen für grüne Treibstoffe auf, um eine klimaneutrale Schifffahrt zu gewährleisten. Durch den schnellen Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für E-LKW wollen wir eine beschleunigte Dekarbonisierung der Logistik ermöglichen. Hier brauchen wir mehr Tempo.

Wir schaffen jetzt die Rahmenbedingungen für eine zukunftsgerichtete Digitalwirtschaft: sicher, innovativ und regelbasiert. Denn eine starke Branche, in der Wirtschaft, Wissenschaft und Start-up-Szene gut vernetzt arbeiten können, beschleunigt Innovationen. Wir wollen Deutschland schnell und erfolgreich zu einer Gigabit-Wirtschaft und -Gesellschaft entwickeln. Mit dem Start zum Aufbau des Dateninstituts haben wir bereits einen Grundstein dafür gelegt. Datenverfügbarkeit und Datennutzung stoßen in Deutschland zum Teil noch auf hohe Hürden und Hindernisse. Das Dateninstitut wird Daten im Sinne des Gemeinwohls besser verfügbar und nutzbar machen.

Wohlstand vor Ort befördern

Konkret wird Politik dort, wo Menschen zusammen leben und arbeiten. Hier entsteht Zusammenhalt, hier entsteht Wohlstand.

Erneut spielt die Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Deshalb stärken wir die Wirtschaft vor Ort. Das Hauptaugenmerk legen wir auf die Unterstützung des Mittelstands: Kleine und mittlere Unternehmen sind Wirtschaftsmotor, treibende Kräfte bei Innovationen und spielen durch langfristige Unternehmensstrategien und soziale Verankerung oft eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt einer Region. Mittelständische Unternehmen wollen wir durch einen serviceorientierten und unbürokratischen Staat unterstützen, der die Gründungskultur unterstützt und nicht behindert. Vor allem aber wollen wir einen Staat, der Innovation in lokalen Kontexten fördert und ermöglicht: Mit der in Gründung befindlichen DATI, der Agentur für Transfer und Innovation, stärken wir die Zusammenarbeit von Hochschulen, kleinen und mittleren Unternehmen und der Zivilgesellschaft, die vor Ort Innovationen in die Praxis bringen. Damit bilden wir regionale Wirtschaftsräume und gestalten die Zusammengehörigkeit.

Das bilden wir auch in der Wirtschaftsförderung ab. Unter Federführung des Wirtschaftsministeriums haben wir eine grundlegende Reform der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur (GRW) umgesetzt und das für die Strukturpolitik zentrale Förderinstrument endlich zeitgemäß aufgestellt. Damit werden Fördergelder für strukturschwache Regionen nun wesentlich gezielter an Unternehmen ausgeschüttet, die einen regionalen Fokus haben und regionale

Wertschöpfungsketten bilden. Regionale Wertschöpfung, Transformationsprozesse hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft, Aspekte guter Arbeit wie auch die regionale Daseinsvorsorge werden nun berücksichtigt. Damit können Potenziale sogenannter strukturschwacher Regionen effektiver gehoben werden: ein entscheidender Schritt zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Zusammenhalt vor Ort ermöglichen

Nicht nur die Sicherung und Erneuerung unseres Wohlstandes, sondern auch soziale Sicherheit, verlässliche Gesundheitsversorgung und eine hohe Lebensqualität sind Bedingungen für Zusammenhalt. Die Aussicht auf eine faire, diskriminierungsfreie gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe für alle ist dafür Voraussetzung. Dazu gehört eine materielle Absicherung, ebenso wie soziale und kulturelle Infrastruktur.

Demografischer Wandel, medizinischer Fortschritt und auch der Klimawandel sind Herausforderungen für Gesundheit und Pflege. Verlässliche und qualitativ gute Gesundheitsversorgung und Pflege sind für viele Menschen ein Gradmesser für das Funktionieren unseres Gemeinwesens und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Leistungseinschränkungen und eine Privatisierung der Gesundheitsrisiken stehen diesen Zielen entgegen. Deshalb treten wir für eine stabile und solidarische Finanzierung von Pflege und Gesundheit ein. Wir haben eine umfassende Krankenhausreform gestartet, die die Zukunft der stationären Versorgung gerade auch in ländlichen Räumen sichert, Qualität stärkt und ökonomische Fehlanreize beseitigt. Bei der Pflege haben wir erste Verbesserungen insbesondere für pflegende Angehörige und für die Pflege im Quartier durchgesetzt. Weitere Schritte müssen folgen, denn 4 von 5 Pflegebedürftigen werden zuhause gepflegt, oft von Familienangehörigen. Pflegende Angehörige sind eine zu häufig unsichtbare Säule unseres Gesundheitssystems. Wir wollen sie noch stärker unterstützen, denn niemand darf arm davon werden, sich um seine Liebsten zu kümmern.

Wir wollen starke Länder und Kommunen, die wir mit den großen Herausforderungen nicht im Stich lassen dürfen. Statt am Sozialen zu sparen, brauchen wir Investitionen in den sozialen Zusammenhalt vor Ort, um eine belastbare soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge für alle Menschen zu sichern. Mit dem Deutschlandticket sind wir einen wichtigen Schritt gegangen, um Mobilität einfach und bezahlbar zugänglich zu machen. Nun gilt es, die Qualität der Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum zu erhöhen und damit das Leben in den Regionen konkret weiter zu verbessern. Bezahlbares Wohnen, eine verlässliche, gut erreichbare Gesundheitsversorgung und nachhaltige Pflege, gerechte Bildungschancen und hochwertige Betreuung, aber auch die Vielfalt an kulturellen Einrichtungen und nach menschlichen Bedürfnissen gestalteten öffentlichen Räumen schaffen Zusammenhalt und Lebensqualität für alle. Orte der Begegnung, an denen zivilgesellschaftliche Gruppen, junge und ältere Menschen sich jenseits ihrer Wohnung aufhalten können, Gemeinschaft leben, erleben und frei gestalten können, sind wichtige Faktoren für den Zusammenhalt vor Ort. Sie bieten Anknüpfungspunkte für bürgerschaftliches Engagement, das unverzichtbar ist für unsere Demokratie. Mit dem Demokratiefördergesetz unterstützen wir den

Einsatz all derer, die sich täglich in Initiativen, Verbänden und Vereinen für unsere Demokratie, für ein lebendiges, menschliches Miteinander und die Vielfalt vor Ort einsetzen.

Das Ehrenamt braucht mehr Wertschätzung und Dank für die vielen Dienste und Leistungen für unsere Gesellschaft. Wir wollen ehrenamtliche Tätigkeit besser unterstützen und freiwilliges Engagement aktiv stärken. Dafür wollen wir wo nötig z.B. Freistellungsregelungen angleichen und großzügiger ausgestalten. Wer sich engagiert, darf keine Nachteile haben, im Gegenteil: Wertschätzende Maßnahmen, z.B. die Einführung von Ehrenamtskarten, fördern wir aktiv. Freiwilligendienste wollen wir attraktiver gestalten, indem sie auch in Teilzeit geleistet werden können, die Taschengeldobergrenze angehoben wird und Mobilitätskosten erstattet werden.

Zusammenhalt entsteht auch da, wo Menschen gemeinsam freiwillig für alle anpacken. In Deutschland engagieren sich rund 1,8 Millionen Menschen ehrenamtlich im Zivil- und Katastrophenschutz. Sie leisten Hilfe bei Katastrophen oder Unfällen. Die Freiwilligen Feuerwehren gewährleisten, dass flächendeckend und insbesondere im ländlichen Raum schnell und jederzeit Hilfe zur Verfügung steht. Die Belastungen sind besonders angesichts der wachsenden Herausforderungen durch Extremwetterereignisse enorm. Wir stärken das Ehrenamt in Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen. Deshalb wollen wir die Ausrüstung modernisieren. Dazu zählen moderne Liegenschaften, Fahrzeuge sowie eine gute Ausstattung mit persönlicher Schutzkleidung.

Neben einer starken sozialen Infrastruktur vor Ort geht es andererseits darum, die materiellen Grundlagen für Teilhabe an der Gesellschaft zu schaffen, gerade in Zeiten hoher Lebenshaltungskosten. Mit umfangreichen Entlastungen und den Energiepreisbremsen haben wir viele Familien in Deutschland konkret unterstützt. Wir haben aber nicht nur kurzfristig mit verschiedenen Einmalzahlungen entlastet, sondern setzen auch strukturelle, langfristige Reformen um, die Deutschland gerechter machen und besser vor Krisen schützen. Mit der Einführung des Bürgergeldes haben wir endlich Hartz IV abgelöst. Das Bürgergeld bedeutet mehr soziale Sicherheit, besseren Schutz vor steigenden Preisen und ist eine Weiterbildungsoffensive, die dauerhafte Perspektiven auf Beschäftigung schafft.

Daran arbeiten wir nun mit der Kindergrundsicherung weiter: In Deutschland lebt seit Jahren kaum verändert jedes 5. Kind in Armut. Das hat gravierende Folgen für ihre Bildungschancen, ihre Möglichkeiten, Talente zu entwickeln, und steht einem möglichst unbeschwerten Kinderleben mit vielen Freunden im Weg. Kinderarmut raubt Kindern Lebenschancen und dem Land Zukunftschancen.

Wir wollen alle Kinder nach ihren Bedürfnissen gut unterstützen, Familien, die in verdeckter Armut leben, endlich erreichen und eine leistungsstarke, verlässliche Absicherung für Kinder und ihre Familien aufbauen. Mit der Kindergrundsicherung aus dem Familienministerium schützen wir vor Armut und schaffen bessere Chancen für Kinder und Jugendliche. Wir machen die Unterstützung für Kinder gerechter, einfacher und zugänglicher. Aus kompliziert wird einfach, aus ungerecht wird gerecht. Wir investieren darin, dass alle Kinder ausreichend finanziell abgesichert sind, um an Bildung teilzuhaben. Mit

der Kindergrundsicherung wachsen die Chancen der Kinder, der Jugendlichen und der Wirtschaft.

Das Wissen um eine sicher bezahlbare Wohnung an dem Ort, wo man verwurzelt ist, ist ein wesentlicher Faktor für gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt. Doch angesichts der steigenden Mieten müssen viele Menschen um bezahlbares Wohnen fürchten. Mit der größten Wohngeldreform in der Geschichte Deutschlands haben seit diesem Jahr dreimal so viele Haushalte Anspruch auf eine durchschnittlich doppelt so hohe Unterstützung wie bisher. Denn für uns ist klar: Wohnen ist ein Menschenrecht, eine zentrale soziale Frage und muss für alle bezahlbar sein. Wir wollen daher den Mieterschutz stärken und den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Wir wollen die Mietpreisbremse verlängern und verschärfen, die Kappungsgrenze absenken, den Kündigungsschutz stärken und qualifizierte Mietspiegel einführen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Indexmieten zu begrenzen, die in Zeiten hoher Inflation zu hohen zusätzlichen Belastungen der betroffenen Mieter*innen führen.

Wir wollen mehr öffentliche Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und legen hier ein besonderes Augenmerk auf den Einsatz erneuerbarer Energie zur langfristigen Versorgung mit bezahlbarem Strom. Neben Mitteln für die soziale Wohnbauförderung wollen wir die Neue Wohngemeinnützigkeit auf den Weg bringen, ein zweites großes Förderprogramm für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Damit fördern wir auch unter aktuell schwierigen Rahmenbedingungen neue Bauaktivitäten, stärken die Regionen und schaffen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum.

Zusammenhalt in Sicherheit entfalten

Zusammenhalt vor Ort kann sich nur in Sicherheit entfalten: Das Vertrauen aller Bürger*innen in die Fähigkeit des Staates, Sicherheit zu gewährleisten – am Bahnhof, auf dem Land ebenso wie in der Innenstadt – ist eine entscheidende Grundlage für das Funktionieren unseres demokratischen Gemeinwesens.

Eine präsente und ansprechbare Polizei ist hierfür notwendig, eine Polizei, die von überall erreichbar ist. Dafür sind eine gute personelle Ausstattung und gute Ausbildung notwendig. Der demographische Wandel macht auch vor der Polizei nicht Halt. Daher müssen wir alles daran setzen, den Polizeiberuf attraktiv zu gestalten. Dafür braucht es flexiblere Arbeitsmodelle und gute Entwicklungsmöglichkeiten für Polizist*innen. Wir wollen eine Diversitätsoffensive und werben dafür, dass sich die Vielfalt unserer Gesellschaft in der Polizei noch stärker widerspiegelt. Außerdem wollen wir den Frauenanteil innerhalb der Polizei weiter erhöhen. Quereinstiegsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Die Anzahl an Überstunden wollen wir reduzieren.

Damit sie Sicherheit für die Bürger*innen bieten kann, braucht die moderne Polizei attraktive Arbeitsbedingungen, moderne Fahrzeuge und Ausstattung sowie IT. Wir sorgen für zuverlässige und starke Investitionen, insbesondere in die Liegenschaften. Vor allem aber kann die Polizei vor Ort nur dann zur Sicherheit beitragen, wenn sie das Vertrauen aller Bürger*innen genießt und transparent agiert. Wir wollen deshalb das Instrument des unabhängigen Polizeibeauftragten

stärken und ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass flächendeckend entsprechende Stellen eingerichtet werden und schaffen eine entsprechende Stelle auf Bundesebene. Die Polizeibeauftragten sollen für Bürger*innen und Polizist*innen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Rechtsextreme und Verfassungsfeinde müssen konsequenter und zügiger als bisher aus Sicherheitsbehörden entfernt werden.

Schwere und Organisierte Kriminalität (OK) stellt eine Gefahr besonders für lokale Wirtschaftskreisläufe dar – sie bringt Korruption und Gewalt mit sich. Ihr Einfluss sorgt dafür, dass soziale, ökologische und wirtschaftliche Standards unterlaufen werden. Lautere Geschäftsleute werden so verdrängt. Wir wollen die Bekämpfung dieser Kriminalitätsformen zu einem Schwerpunkt machen und die Kriminalpolizei sowie Justiz besser ausstatten.

Politisch motivierte Kriminalität und Hasskriminalität steigen seit Jahren stark an und zeigen sich besonders häufig gegenüber Menschen, die sich für die Gesellschaft vor Ort engagieren und Flagge zeigen für Demokratie und ein solidarisches Miteinander. Gerade auf kommunaler Ebene haben Angriffe auf Amts- und Mandatsträger*innen sowie Menschen, die sich für eine offene und liberale Gesellschaft engagieren, besonders zugenommen. Besonders häufig sind davon Frauen, queere Menschen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte betroffen. Antisemitische Gewalt nimmt ebenfalls erschreckend zu. Diese Entwicklung besorgt uns sehr. Sie schwächt den Zusammenhalt, indem sie wichtige Stimmen aus der Öffentlichkeit verdrängt. Unsere Solidarität gilt allen Opfern und Betroffenen von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und deren Angehörigen. Wir wollen, dass in allen Bundesländern Beratungs- und Ansprechstellen zur Verfügung stehen und bedrohte Menschen sicher sein können, dass alle Polizeidienststellen ihnen zuverlässig zur Seite stehen und Schutz bieten. In Sachsen hat die Justizministerin beispielsweise eine Zentrale Ansprechstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus bei der Generalstaatsanwalt geschaffen.